



174. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
11. November 2020

## Antrag 3

### Befristete Mietverträge

Während der Corona Krise laufen wieder viele befristete Mietverträge in Mietwohnungen aus. Generell, mit oder ohne Corona Krise sind Befristete Mietverträge eine große Ungerechtigkeit für viele Menschen. Die ständige Unsicherheit über eine Verlängerung ihres Mietvertrages ist ein unhaltbarer Zustand.

Befristete Mietverträge sind heutzutage, wenn man in die Wohnungsinserte blickt, beinahe zu einer Normalität geworden. Auf dem Wohnungsmarkt, der nach der Finanzkrise im Jahr 2008 durch immer mehr Spekulation, Geldanlageobjekte und daher einer „künstlichen“ Wohnungsknappheit gekennzeichnet ist, ist das Ergebnis eine totale Marktmacht der Eigentümer bei den Mietverträgen gegenüber den MieterInnen. Die Folge sind Mietsteigerungen, die wir in diesem Ausmaß nicht kannten. Der Wohnungsmarkt in Wien wird alleine nur durch den aktuell noch großen Anteil an gemeinnützigen Wohnungen stabil gehalten und bietet für MieterInnen dieser Wohnungen die einzige Möglichkeit den Mietwuchern zu entkommen.

Zwar gibt es in Österreich für Altbauten Richtwerte für Mieten und ein Zu- und Abschlagsystem für Mietobergrenzen, diese werden jedoch praktisch sehr oft nicht angewendet bei der Vergabe der Wohnungen.

Auf der einen Seite werden durch die Befristeten Verträge quasi das Recht entzogen gegen zu hohe Mieten zu klagen, weil sie befürchten müssen, bei einer Klage eine Verlängerung des befristeten Vertrages zu verlieren. Fact ist, dass die Suche nach einer neuen Wohnung und ein Umzug viel Zeit und Kosten verursacht, die viele Menschen abschreckt gegen diese Ungerechtigkeit zu klagen.

In der derzeitigen Corona Krise verschärft sich durch diese Situation der befristeten Mietverhältnisse eine langfristige Lebensplanung für viele (vor allem junge) Familien ins Untragbare. Die einzige Konsequenz für VermieterInnen ist die Rückzahlung der überhöhten Miete.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert zusätzliche Strafzahlungen bei unrechtmäßig hohen Mieten für die VermieterInnen, die Verfolgung als Betrug im wiederholten Fall für VermieterInnen und das Ende für befristete Mietverträge in der Zukunft.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	---